

Weiter Gewalt und Vertreibungen in Kolumbien

Drei Gäste aus Kolumbien erzählen im RomeroHaus von schweren Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat und ihrem schwierigen Kampf dagegen.

Text: Rosmarie Kayser

Zur Einstimmung ins Thema wird ein Film gezeigt. Zuerst flimmern nackte Zahlen über die Leinwand: 1998: 4422 vertrieben, 529 ermordet. 1999: 20 892 vertrieben, 748 ermordet. Ähnlich geht die Zahlenreihe weiter bis 2004: 12 263 vertrieben, 990 ermordet. 2005: 4093 vertrieben. «In Kolumbien ist Vertreibung nicht die Folge des bewaffneten Konflikts. Sie ist eine Strategie, um die Kontrolle über das Land zu erreichen in Zonen, wo Megaprojekte geplant sind, in Zonen, die reich sind an Biodiversität und natürlichen Ressourcen», lautet der anschliessende Kommentar. Dann geht der Film auf die Situation von Catadumbo ein, einer Region im Norden der Provinz Santander, wo die Bevölkerung zwischen 1998 und 2005 auf weniger als ein Drittel zurückgegangen ist. Es ist eine der ärmsten Gegenden des Landes, obwohl hier täglich ungefähr 100 000 Barrel Öl gefördert werden. Dann kommen im Film verschiedene Einheimische zu Wort: Sie erzählen von brutaler Gewalt, von Morden und angedrohten Massakern und ihrer Flucht an Orte, wo sie nichts haben, auch keine Rechte.

Grossprojekte im Bergbau

«Kolumbien steht an dritter Stelle weltweit, was die Zahl der intern Vertriebenen betrifft», sagt **Marcela Castellanos**. Sie arbeitet als Menschenrechtsaktivistin beim Anwaltskollektiv, das den Film produziert hat. In letzter Zeit hätten die Vertreibungen wieder zugenommen – wegen Grossprojekten der Agroindustrie und des Bergbaus. Seit der Lancierung des Bergbau-Entwicklungsplans aus dem Jahr 2001 gehe es um

grossflächige Konzessionen an Firmen, hinter denen internationale Multis stünden. Für den Bergbau darf nun Land enteignet werden. Im Gegenzug wurde der traditionelle handwerkliche Bergbau der Kleinbauern verboten. «Der Bergbau wird so geplant, dass Vertreibungen vorgesehen sind», sagt Marcela Castellanos. Denn bei der Vergabe der Konzessionen würden die indigenen oder die afrokolumbianischen Gemeinschaften nicht angehört. Eine Konsultation sei erst vorgesehen, wenn konkrete Abbauprojekte vorliegen. Doch schon bei der Suche nach den Mineralien würden viele Menschen vertrieben oder umgesiedelt. Marcela Castellanos bezeichnet dieses Vorgehen als «legale Art von Landraub und Vertreibung».

Militarisierung des Goldes wegen

Der nächste Referent, **Mauricio Sanchez**, ist Mitglied einer Kleinbauern- und Goldschürfervereinigung in Cuamacó. Er berichtet von der Förderung ausländischer Unternehmen in der an Gold reichen Region. Das Gebiet sei stark militarisiert worden; so werde beispielsweise ein Unternehmen mit dreissig Angestellten von 300 Soldaten bewacht. Er berichtet von der Schliessung der kleinen Minen von Einheimischen, von Zusammenstössen des Militärs mit der Guerilla, unter denen die Bevölkerung leidet, von einer Produktionsanlage, die riesige Mengen an Quecksilber in die Flüsse leitet. Seine Organisation, die sich für die Verteidigung des Landes und der Menschenrechte einsetzt, sei verboten worden. Er selbst habe zwei Attentatsversuche überlebt. Um staatlichen Schutz zu verlangen,

müsste er sich ans Polizeikommando wenden und dort alles über sich preisgeben. Da er aber befürchtet, die Polizei gebe die Infos an Paramilitärs weiter, wagt er dies nicht. Weil er unter diesen Umständen keinen Schutz verlange, gelte er aber offiziell nicht als gefährdet.

Unfairer Freihandel

«Kolumbien belegt den ersten Platz weltweit in der Statistik umgebrachter Gewerkschafter», erklärt der dritte Referent, **Cecar Luque Fandiño**, ein Gewerkschaftsvertreter aus dem Cauca-Tal. «Alle wissen, dass die Arbeitsrechte in Kolumbien verletzt werden, und trotzdem werden laufend mehr Freihandelsabkommen abgeschlossen.» Im Juni 2011 trat jenes zwischen der Schweiz und Kolumbien in Kraft. Die Freihandelsabkommen haben zur Folge, dass Kolumbien nun beispielsweise Kartoffeln und qualitativ schlechtes Pouletfleisch importiert, und aktuell hat die Regierung den Import von 220 000 Tonnen Reis gestattet. Das macht die einheimische Landwirtschaft kaputt. Laut Cecar Luque Fandiño übernehmen ausländische Investoren auch funktionierende Geschäfte im Land. «Sie kommen, um auszubeuten, nicht, um das Land zu entwickeln.» Dass dies so gut möglich ist, schreibt er unter anderem dem «Drehtüreneffekt» zu: Funktionäre des Staates öffneten Türen für Multis und erhielten später lukrative Arbeitsplätze bei eben diesen Multis. Mehr als hundert solche Fälle seien bekannt. Gleichzeitig lebten 38 Prozent der Kolumbianerinnen und Kolumbianer in Armut, 17 Prozent gar in absoluter Misere. ■